



Kassenreform: Experten fordern klare Konzepte

Nach dem Umbau der AUVA geht die Regierung die Zusammenlegung der Kassen an. Das löse aber die echten Probleme nicht, kritisieren Experten.

... Von Martin Rümmele

Die schwarz-blaue Bundesregierung setzt bei der geplanten Fusion der Gebietskrankenkassen auf Deeskalation. Deshalb lud sie die Spitzen der Sozialpartnerschaft nun zum Dialog. Seitens der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer wurde dies positiv aufgenommen. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) machte allerdings klar, dass die Reform auch ohne deren Zustimmung

kommen werde. Vor dem als Sozialversicherungsgipfel titulierten Gespräch im Bundeskanzleramt hatte es viel Kritik an der mangelnden Einbindung der Sozialpartner bei der Kassenreform gegeben. Nach dem etwas mehr als einstündigem Gespräch war die Stimmung gelöst.

Lob für Dialogbereitschaft
ÖGB-Chef Wolfgang Katzian sprach danach von einem konstruktiven Gespräch; es sei umfassende Information zugesichert

worden: „Ob der Dialog etwas Dauerhaftes wird, kann ich nicht sagen.“ Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl sah das ähnlich: „Wir gehen davon aus, dass alles so eingehalten wird, wie es nun vereinbart wurde.“ Er möchte sich bedanken, „dass dieser Weg nun gemeinsam gegangen wird“, betonte der Vorsitzende des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger, Alexander Biach, der sich zuletzt mit Kritik am Vorgehen der Regierung nicht zurückgehalten hatte.

ÖVP-Klubobmann August Wöginger und Gesundheits- und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) sollen Anfang September den Dialog mit den Sozialpartnern fortsetzen. Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) versprach, dass man die Überlegungen der Sozialpartner einfließen lassen wolle, bevor das Gesetz zur Sozialversicherungsreform in Begutachtung gehen werde. Es seien viele Baustellen im Gesundheitswesen offen, die oft zugedeckt würden. Strache